

Die eindimensionale Universität als Bedrohung

Seite 2

Biedenkopf verweigert kritischem Tutor die Bestätigung

Seite 2

Die politische Verantwortung eines Professors

Seite 3

Theater: Marat und sein Bochumer Publikum

Seite 4

Nr. 42 30. April 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Assistentenrat fordert Lehr-Gleichberechtigung

Die 17. Sitzung des Assistentenrates offenbarte die Bereitschaft der Assistenten an der Ruhr-Universität, für ihre Gleichberechtigung in der Lehre Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Im Sommersemester werden sie noch ihre Lehrveranstaltungen abhalten, auch ohne dazu gesetzlich verpflichtet zu sein. Für das Wintersemester 69/70 aber wollen sie ihre Beteiligung an der Lehre von der Erfüllung ihrer Forderungen abhängig machen. Diese Absicht soll im Vorlesungsverzeichnis in Fußnoten zu den betreffenden Lehrveranstaltungen angekündigt werden. Fortsetzung Seite 2



Am Vorstandstisch des Assistentenrates von links Westphalen, Oehlschlegel, Hauck, Gorny, Dannhauer.

Benda fürchtet radikale Schüler

Das Bundesinnenministerium hat einen neuen Feind auf der Linken erspäht. Das „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ (AUSS) bewege sich im „Fahrwasser des SDS“, Schüler, so orakeln die Ordnungshüter, werden sich in steigendem Maße „an den Gewaltaktionen der radikalen Studentenverbände“ beteiligen. Bedauert werden auch die „links-radikalen Kräfte“ in den Redaktionen der Schülerzeitungen. Die Mitgliederzahl des AUSS schätzt das Ministerium auf 3000.

Contacta Institut
Heinen-Brillen - Bochum
Kortumstraße 45 - 1. Etage

Anpassung unsichtbarer Augengläser

Müller-Welt kleinst Contact-Linsen bewährt und weltbekannt

Brutale Knüppelschlacht

„Heißer Sommer“ hat in Frankfurt schon begonnen

Um die Immatrikulation des persischen Studenten Taheri zu erzwingen, der bei einer Abschiebung in sein Land mit einem politischen Prozeß rechnen muß, haben Studenten in Frankfurt zum Boykott der Einschreibung aufgerufen.

Am vergangenen Montag hatte der Rektor schon vor der Öffnung des Sekretariats um 8 Uhr Polizisten an den Türen postiert. Als etwa 200 Studenten zur Tür des Sekretariats vordrangen und sich dort zum Sitzstreik niederließen, griff die bereitstehende Schutzpolizei ein. Die demonstrierenden Studenten zogen sich in die Vorhalle des Rektorats zurück, die kurz darauf durch die Polizei geräumt wurde. Mittags verfügte Polizeioberst Schäfer auch die Räumung des Platzes vor dem Rektorat. Die Studenten wurden zwischen dem Universitätshauptingang und dem gegen-

überliegenden Studentenhaus von zwei Wasserwerfern in die Zange genommen, während die inzwischen durch Bereitschaftspolizei verstärkten Truppen des Rektors zum Angriff übergingen.

Die Studenten wichen vor den Wasserwerfern zurück, verbarrikadierten sich im Studentenhaus und bewarfen die Polizei mit Flaschen und Steinen. Die Wasserwerfer wurden gegen die Fenster des Studentenhauses gerichtet und richteten in den Innenräumen erheblichen Sachschaden an.

Während sich die Studenten mit einem Feuerlöschschlauch verteidigten, begannen einige Polizisten, das Studentenhaus zu stürmen. Nach Augenzeugenberichten waren bei dieser Einzelaktion mindestens hundert Beamte beteiligt. Ihnen gelang es, innerhalb von einer Stunde, das Studentenhaus zu besetzen und von den Demonstranten zu

räumen, die sich wieder zum Universitätshauptingang zurückzogen und dort mit Steinen und Farbbeuteln gegen die Polizei vorgingen. Lediglich im Asta-Büro konnten sich einige Studenten verbarrikadieren. Studentenwohnungen, die in den beiden oberen Stockwerken des Hauses liegen, wurden von der Polizei durchsucht.

Der Einsatz der Polizei, die auch nach den heute üblich gewordenen Verhältnissen ungewöhnlich hart mit Knüppeln gegen die Demonstranten vorging, endete mit einem „Erfolg“: Mindestens 25, zum Teil verletzte Demonstranten wurden festgenommen.

Mit der Knüppelschlacht vom Montag hat die Auseinandersetzung zwischen dem sich einst als liberal gebenden Frankfurter Rektor Riegg und den Studenten einen neuen Höhepunkt erreicht.

3000 Ingenieur-Studenten demonstrierten am 23. vor dem Düsseldorfer Landtagsgebäude und in der Innenstadt gegen das in diesem Jahr zu verabschiedende Fachhochschulgesetz. Der Landtag glich einer Festung im Belagerungszustand: tiefgestaffelt sollten Stacheldraht, Absperrgitter, Polizeiketten, Hunde-Patrouillen und Reservekommandos das Eindringen in den Landtag verhindern.



Nur in der Innenstadt führte die Demonstration der Ingenieure zu einem zeitweiligen Verkehrs-Chaos.

Die Gunst der Faschisten - die Ehre des Professors

Nachdem Professor Papalekas in der vergangenen Woche abgelehnt hatte, zu seiner Nominierung für die Athener Universität politische Stellung zu beziehen — über die „Störer“ seiner Vorlesung hatte er sich beim Rektor beklagt —, erzwangen gestern über 200 Sozialwissenschaftler eine Diskussion.

Nur widerwillig gab Papalekas Auskunft („Die Vorlesung ist im Vorlesungsverzeichnis angekündigt, es gibt Studenten die sie hören wollen, und die haben auch ein Recht darauf.“) Da niemand einen solchen Wunsch über das Verlangen nach politischer Auskunft stellte, ließ sich der Ordinarius immerhin zu dem Bekenntnis hinreißen, er betrachte die Nominierung nach wie vor für eine große Ehre. Gerade die juristische Fakultät

der Athener Universität habe sich stets durch „unpolitische“ Haltung hervorgetan. Eine Hochschule, die der Jugend eine Ausbildung garantiere, das sei ihm jedenfalls lieber als eine politische Universität.

Die Athener Praxis konnte Guido Boulboulle durch Zitate belegen: Der professorale Jargon war eher schlimmer als bei den berüchtigten Rasse-Hygienikern der NS-Zeit.

Papalekas interpretierte die Zeit vor dem Putsch in Griechenland als beklagenswerte Unruhe, und offen klang seine Sympathie für die Ruhe, die in dem „labilen Land“ jetzt eingetreten ist, durch.

So sieht diese Ruhe an Athens Universität aus: 30 Professoren aus politischen Gründen entlassen, Studenten ausgesperrt, ver-

schleppt und gefoltert, totale Gleichschaltung der Lehrmeinung.

Papalekas („Über Verfassungen und Demokratie kann man streiten“) fand nicht das Geringste am Pattakos-Regime auszusetzen. Die impertinente Art, mit der er damit die verbrecherischen Usurpatoren deckte, mußte jedem Zuhörer deutlich machen, daß keine „akademischen“ Fragen zur Diskussion standen.

Papalekas' Ehre ist das Vertrauen, das ihm nicht zuletzt die nazistische Geheim-Polizei seines Landes aussprach. Den Faschismus verhindern, das bedeutet aktiven Widerstand gegen Hochschullehrer, die sich bereitwillig für ein faschistisches Regime prostituierten.

Siehe auch S. 3

Wohngeld für Studierende

Das Sozialreferat weist darauf hin, daß Wohnungsgeld beantragen können:

1. Verheiratete Studenten
2. Studierende, die die Hochschulreife über den 2. Bildungsweg erlangt haben und
3. Studierende, die Ausbildungsförderung erhalten.

Voraussetzung sind jedoch eigenständige Haushaltsführung und Verlegung des 1. Wohnsitzes an den Studienort.

Auskünfte und Wohngeldanträge beim Sozialbeauftragten, Baracke IX, Mo., Di., Do., Fr., 12.30 bis 14.30 Uhr.

Angenfort dankt für Solidarität

Der ehemalige KPD-Landtagsabgeordnete Jupp Angenfort, der, wie die BSZ berichtete, am 13. März vor dem Duisburger Stadttheater festgenommen worden war, hat in der vergangenen Woche das Zuchthaus wieder verlassen.

Angenfort dankte allen Bürgern, „die ihre Empörung darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß ein Kommunist und Antifaschist wegen seines Eintretens für Frieden, Demokratie und Sozialismus ins Zuchthaus geworfen wurde“. Auch in Bochum hatten zahlreiche Studenten ihre Solidarität mit Angenfort bekundet.

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

Durst löscht man mit Schlegel



Nicht nur für Männer!



Für alle Kenner

FLIEGE PILS

Von anderen Hochschulen

Berlin

Die erste Vollversammlung an der Freien Universität im Sommersemester beschloß Aktionen gegen die Professoren, die im vergangenen Semester die Namen von Studenten für die Einleitung von Hausordnungsverfahren nannten. Diese „Denunzianten“ — der „FU-Spiegel“ veröffentlichte eine Liste von 32 Professoren — sollen von ihren Lehrveranstaltungen ausgesperrt werden.

Göttingen

Am 25. April forderte eine studentische Vollversammlung die Studentenvertreter im Satzungskonkordat auf, ihre Mitarbeit an der neuen Satzung einzustellen. Die Studenten waren im Satzungskonkordat zu 20 Prozent vertreten.

Hamburg

Das Präsidium des mehrheitlich linken Hamburger Studentenparlamentes trat zurück mit der Begründung: „Wir sind nicht mehr gewillt, als demokratisches Aushängeschild einer tendenziell undemokratischen und sich als sozialistischer Kampfbund verstehenden Parlamentsmehrheit zu dienen.“ Das Hamburger SP wählte sein neues Präsidium, das das Selbstverständnis der Mehrheit teilt.

Köln

Das Kölner Studentenparlament beschloß, aus dem VDS auszutreten und beauftragte den ASTA mit der Gründung eines neuen überregionalen Verbandes. Dort können sich alle die sammeln, die mit Kölns ASTA-Vorsitzenden Köster der Meinung sind, der VDS stehe nicht mehr auf dem Boden der demokratischen Grundordnung.

Marburg

Rüdiger Sterzenbach, Student der Volkswirtschaft und bislang NHB-Vorstandsmitglied, hat nach anderthalbjähriger Mitgliedschaft den braunen Kommilitonen den Rücken gekehrt.

Sterzenbachs spätere Erkenntnis: das Weltbild von NHB und NPD orientierte sich eindeutig an den Maximen des Dritten Reiches, die NPD-Machtergreifung wäre „das Schlimmste, was Deutschland passieren könne“.

München

Am 24. April sollte Freiherr von der Heydt, braunbucht-ordinarischer Ordinarius für Öffentliches Recht, CSU-Landtagsabgeordneter und Bundeswehrgeneral der Reserve, seine Antrittsvorlesung an der Münchener Hochschule für Politische Wissenschaften halten. Dazu kam es nicht. Etwa 80 Studenten funktionierten die Veranstaltung zu einer Diskussion über des braunen Freiherrn Ordnungsvorstellungen um.

Von der Heydt war mit einem forschenden Entwurf zum Ordnungsrecht hervorgetreten, der unter anderem lebenslange Relegation vorsah. Auf die Vorklage hin, selbst das Hochschulordnungsrecht der Athener Militärjunta sei „liberaler“, modifizierte von der Heydt seine Vorstellungen im Sinne seiner griechischen Gesinnungsfreunde.

Münster

In Münster wurde der von der „Aktion Demokratische Hochschule“ gestellte ASTA gestürzt. In den Wahlen im Februar konnten die Linken zwar 14 der 27 Mandate im Studentenparlament erringen, als aber einer ihrer Parlamentarier die Uni wechselte, kam es zum Mißtrauensvotum. Den neuen ASTA stellt der RCDS, der sieben Sitze innehat, aber mit Hilfe sympathisierender Unabhängiger eine hauchdünne Mehrheit erreicht.

Tübingen

Im Prozeß gegen den Studenten Reinhard Vowinkel wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt mußte der Richter die Kamera eines Polizeibeamten in Zivil beschlagnahmen. Die Strafprozeßordnung verbietet das Fotografieren im Gerichtssaal, was sich allerdings, wie es scheint, bei der Polizei noch nicht herumgesprochen hat.

Assistentenrat

Fortsetzung von Seite 1

Dieser Beschluß wurde vom Assistentenrat mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen. Da Assistenten 60 Prozent aller Lehrveranstaltungen bestreiten, dürfte ihr Boykott, der durchaus im Rahmen der legalen Möglichkeiten der Assistentschaft bliebe, den Lehrbetrieb an der Ruhr-Universität zusammenbrechen lassen.

Im einzelnen fordern die Assistenten:

- Korporationsrechtliche Gleichstellung von Hochschullehrern und Assistenten entsprechend der von beiden Gruppen wahrgenommenen Lehrfunktion. Diese schon im Gesetzentwurf der Landesassistentenkonferenz vorgesehene Reform des Lehrkörpers wird im Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung ignoriert.

- Lehrfreiheit und eine gerechte Verteilung der Hörgelder, die bislang von den Professoren allein eingestrichen wurden.

Des weiteren sprach sich der Assistentenrat dagegen aus, daß Ordinarien die Abhängigkeit ihrer Assistenten zu dienstfremden Tätigkeiten ausnutzen. Die Assistenten werden im Senat einen Antrag einbringen, der repressive ordnungsrechtliche Maßnahmen mißbilligt.

Furcht vor Abwertung überweg

Berufsständischer Protest der Bochumer Ingenieur-Studenten



Diese „Herren“ sind immer dabei.

„Uns geht es nicht um studentischen Radikalismus, wir wollen die sachliche Argumentation!“, so war es auf den Flugblättern und Transparenten einiger Hundert Ingenieurstudenten zu lesen, die am Montag vergangener Woche mit einem Protestmarsch durch Bochum gegen das „Fachhochschulgesetz der nordrhein-westfälischen Landesregierung“ demonstrierten.

Die sachliche Argumentation (Landesverbandsvorsitzender des SVI Hans-Ulrich Haupt: „Wir sprechen kein Soziologen-Chinesisch, sondern die Sprache der Arbeiter“) erschöpfte sich weitgehend in berufsständischer Interessenverteidigung: „Der deutsche Ingenieur wird zum Techniker.“

Im Gegensatz zu den Hochschulstudenten zeigten die Ingenieurstudenten weniger Neigung, den Gesamtkomplex des Hochschulgesetzes politisch zu verstehen. Und folgerichtig lautet die Strategie, im Wahljahr Druck auf die Parteien ausüben; berufsständische Lobby-Politik.

Und immer wieder die Stereotype, mit „radikalen Bilderstürmern“ habe man nichts im Sinn. Das überzeugte denn auch Bochums konservative Presse und selbst die zahlreichen Polizeispitzel (unser Foto) dürften ihrem Meister nur Gutes berichtet haben. Nach der Devisen „knipsen, aber nicht geknips werden“ polterte Bochums Ober-„PoPo“ Bork: „Fotografieren Sie gefälligst den Zug und nicht uns, wenn Sie Wert auf Ihre Kamera legen.“



Ein Schnappschuß aus Düsseldorf.

Die eindimensionale Universität als Bedrohung

Von Rainer Duhm

Eine neue Aussicht eröffnet sich den „Hochschulbürgern“: die Aussicht darauf, „daß an den Hochschulen des Landes bald wieder Ordnung und Recht herrschen werden.“ So stellt sich Herr Biedenkopf dar, was die Ministerpräsidenten der Länder in ihrer bildungspolitischen Dilettanz den Universitäten als „Ordnungsrecht“ oktroyieren wollen. (Der Bericht Nr. 7, 24.4.69.) Die gegenwärtige Universität muß demnach geprägt sein durch Chaos und Rechtslosigkeit. Da sich das „Ordnungsrecht“ nur auf Maßnahmen gegenüber Studierenden erstreckt, ist implizite schon festgestellt, wer dafür verantwortlich ist.

Es geht hier nicht darum, solchen Unsinn zu widerlegen; nicht darum, Biedenkopfs Hoffnung zu kritisieren, daß NRW dieser „Reformat“ auch bald betreten werde; nicht darum, Biedenkopfs Zynismus darzustellen, der an der studentischen Relegation nichts weiter zu bemerken weiß, als den Umstand, daß es dazu eines Staatsvertrages bedarf.

Eine kurze Bestandsaufnahme der Versuche, individuelle oder kollektive Kritik als Zeichen studentischer Selbständigkeit zu zerschlagen, ergibt etwa folgendes Bild:

- Terrorurteile einer politischen Justiz, vor der die Berufsbezeichnung Student in vielen Fällen den Ausgang des Prozesses bestimmt.
- Eine Welle von Gesetzen und Maßnahmen gegen Studenten und studentische Gruppen, die von Staatsfunktionären beschlossen werden, denen im Zusammenhang mit uns kein anderes Vokabular in den Kopf kommt als solches, das uns in die Zuchthäuser brächte, wenn es Beweiskraft hätte.
- Politische Zensur des vds und Entzug der öffentlichen Mittel.
- Hochschulgesetz-Entwürfe, die durch genau berechnete „Mitbestimmungs“-Proporze unsere Ein-

flußmöglichkeiten zunichte machen; autoritären und zentralisierten Betriebsführungsstil auf die Hochschulen übertragen; von Zulassungsbeschränkungen über Ferienzeitverkürzung, schulähnliche Stundenplan- und Unterrichtsgestaltung etc., bis hin zur Zwangsexmatrikulation jede studentische Alternative im Denken und Handeln ersticken; für diejenigen, die immer noch mucken, bundesweit wirksame Ausschlussverordnungen treffen; zur reibungslosen Abwicklung direkte Eingriffsrechte für den Kultusminister reservieren; organisierten Widerstandsmaßnahmen gegen diese Unterdrückungsversuche durch die Auflösung der Studentenschaften vorbeugen.

Während noch über politische Kriterien bei der Stipendienvergabe diskutiert wird, sind in Bonn Entwürfe für ein Ausbildungsförderungsgesetz vorgelegt worden, die die gegenwärtige Honnef-Regelung in wesentlichen Hinsichten noch als ausbildungs- und studienfreundlich erscheinen lassen: Die Familienabhängigkeit der Stipendienberechnung wird verschärft. Die Höhe des jeweils ausgezahlten Förderungsbetrages wird in vielen Fällen empfindlich absinken. Die Stipendienvergabe wird dem Einfluß der Studenten und der Hochschulen völlig entzogen und den öffentlichen Arbeitsämtern zugeordnet. Die Regelung aller Härte- und Ausnahmefälle dürfte damit bis zum Verschwinden reduziert werden.

In NRW ist der Planungsbeirat des Kultusministers (Vors.: Schelsky, Mitgl. u. a.: Prof. Heckhausen, Bochum, Psych.) mit seinen ersten Empfehlungen an die Öffentlichkeit getreten. Es wird dort eindeutig erklärt, daß die bisherige Hochschulpolitik derart verfehlt sei, daß man sich gegenwärtig im Bereich der Hochschulplanung nur um höhere Ausstoßzahlen kümmern könne. Der Planungsbeirat stelle

nicht ein einziges Mal die Frage nach den Ursachen dieser verfehlten Politik, sondern ordnet seine Planung den gleichen gesellschaftlichen Prämissen unter, die diese Misere herbeigeführt haben. Die Folgen wiederum sollen fast ausschließlich die Studenten tragen:

Die freie Wahl von Studienort und Studienfach soll entfallen. Wer einen Studienplatz zugewiesen bekommen hat, soll ihn (in der Regel) nach längstens neun Semestern intensiver Lernaarbeit nötigenfalls unter Anwendung von Zwang wieder verlassen. Zentrale Studentenkarteien in jedem Fachbereich sollen den neu einzurichtenden „Studienleitern“ helfen, ihre Überwachungsfunktion gegen uns lückenloser auszuüben.

Diese Übersicht bietet nur eine Auswahl. Wir werden in Informationsblättern, teach-ins und der

nächsten Beilage zur BSZ im einzelnen auf die o. g. Punkte eingehen, soweit sie für uns relevant sind. Diese Relevanz ergibt sich in zweifacher Hinsicht: relevant insofern, als wir betroffen sind; und relevant insofern, als wir diese Maßnahmen abwehren müssen.

Die Abwehr duldet keinen Verzug. Auf unserem letzten teach-in sind die Projektgruppen gebildet worden, die den Widerstand gegen die völlige Zerschlagung kritischer Wissenschaft und ihrer Wirksamkeit in der Gesellschaft organisieren.

Informieren Sie sich im ASTA oder an der Info-Tafel in der Mensa über die Arbeit der Projektgruppen und ihre Möglichkeiten zur Mitarbeit!

Warten Sie nicht ab, was kommt! Verhindern Sie, was nicht kommen darf!

Reaktionäres Pamphlet an Ordinarien verteilt Skandal in der Uni-Pressestelle

„Mit freundlichen Empfehlungen“ verschickte in der letzten Woche die Pressestelle der RUB an alle Professoren einen in der FAZ unter der Überschrift „Die Universität als Tollhaus“ abgedruckten Artikel. Wir zitieren daraus zur Illustration einige Kernsätze:

„Die Universität braucht nicht ‚demokratisiert‘, die Studentenschaft nicht ‚emanzipiert‘ zu werden... So ist denn die Forderung nach tatsächlicher Mitentscheidung studentischer Vertreter in Universitätsorganen nichts als Humbug... Deshalb kann es überhaupt keine studentische Mitbestimmung geben, nicht als Zehntel-, Fünftel- oder Drittel- oder andere Parität... Solange die Universität ein dauernder Zusammenschluß von Wissenschaftlern zu Lehre und Forschung bleiben soll, kann es zwar beherzigenswerte Empfehlungen der Studenten in Fülle, aber keine Mit-Entscheidungsbezugnisse für Leute geben, die weder der Universität dauernd angehören noch Wissenschaftler sind. Verfehlt man anders, so begünstigt man Parteibildungen und ‚Politisierung‘. Das wird dazu führen, daß Verantwortliche von Unverantwortlichen überstimmt werden. Dann geht, wer studieren oder Universitätslehrer werden will, am besten ins Ausland. Bei uns aber würde es dann eine Anzahl neuer, großer, voller Tollhäuser geben. Als bald würden wir den Produkten dieser verkehrten Welt die Schulerziehung der beiden nächsten Generationen zu übertragen haben.“

In einem gemeinsamen Flugblatt wenden sich ASTA, SDS und HSU vor allem dagegen, daß „dieser faschistoide Blödsinn... auf Betreiben des Kanzlers an alle Professoren verschickt worden“ sei:

1. Eine Erklärung des Kanzlers, weshalb er es für nötig hielt, daß alle Professoren diesen Artikel lesen.
2. Eine Distanzierung des Rektors und des Senats vom Inhalt dieses Pamphlets und seiner offiziellen Verschickung durch die Pressestelle.
3. Offenlegung der Finanzen der Pressestelle.
4. Rechenschaft der Pressestelle über ihre bisherige Tätigkeit.
5. Institutionalisierung der Möglichkeit, daß die Studentenschaft über die finanziellen und technischen Mittel der Pressestelle ebenso verfügen kann wie Rektor und Kanzler.

„Sollten diese Forderungen bis Ende Mai nicht erfüllt sein“, heißt es in dem Flugblatt weiter, „werden wir die Pressestelle in eigener Regie übernehmen und zu einem Institut für Gegenöffentlichkeit machen.“

Auf telefonische Anfrage bestätigte der Kanzler der BSZ, daß er die Verschickung des Artikels initiiert habe. „Ich hätte die Sache auch von meiner Dienststelle aus verschicken können.“ Zum Inhalt des Artikels wolle er sich nicht äußern, er könne sich aber „schon vorstellen, daß den Studenten die Sache in die Knie gefahren ist“.

teach-in: „Hochschulgesetz aktiv unterlaufen“

Die Mehrzahl der Kommilitonen hat von der tödlichen Bedrohung keine Ahnung

Über 300 Kommilitonen waren am Dienstag vergangener Woche dem Aufruf der Studentenschaft zum teach-in über das jetzt zur Verabschiedung vorliegende Hochschulgesetz gefolgt.

Als ASTA-Vorsitzender Horst-Peter Kasper die wesentlichen Punkte des SPD-Regierungsentwurfs kommentierte (Drittelparität nur im Konvent; mit Vollmachten ausgestatteter Hochschulpräsident; Zulassungsbeschränkung; disziplinierende Hochschulordnung; Bestrebungen zur Abschaffung der Studentenvertretung; Hochschulaufsicht), zeigte sich in erschreckendem Maße, wie wenig selbst „interessierten“ Studenten die damokleische Bedrohung im Detail bekannt ist.

Rainer Duhm erläuterte das geplante Ordnungsrecht, mit dem

jedliche „Störung“ eines reglementierten Lehrbetriebes geahndet werden soll: ein gewaltiger Rückschritt gegenüber der an der Ruhr-Universität beschlossenen (vom Kultusminister noch nicht bestätigten) vergleichsweise liberalen Hochschulordnung, der ein Bemühen um Schlichtung von Konflikten und Erkennen von Ursachen vorrangig ist. Künftig wird jeder Student, der eigene Meinung auch in den geheiligten Freiräumen der Ordinarienherrschaft artikuliert, mit einer Skala von Strafen bedroht, die vom Verweis bis zur qua Staatsvertrag zu sanktionierenden dauernden Ausschließung von allen Hochschulen der Bundesrepublik reichen.

Auch die übrigen Abhängigkeiten eines Studenten sind keineswegs gelockert: Das „Ausbildungsför-

derungsgesetz“ hält in seiner sozialpolitischen Zielsetzung am Subsidiaritätsprinzip fest, wonach primär die Familie für die Ausbildung der Kinder verantwortlich ist. Väterliche Vorstellungen werden damit noch mehr als bisher Studiengänge diktieren. Studentische Mitbestimmung wie sie bislang in den Honnefkommissionen existiert, soll völlig eliminiert werden.

Dagegen wird, so erläuterte Guido Boulboulé das Bildungsprivileg vergrößert; denn eigene Studienfinanzierung läßt das „Studienjahr“, das, jeweils am 15. 10. beginnend, die bisherige Semester-einteilung ablösen soll, nicht mehr zu. Die geplanten 5 Wochen Ferien werden wohl der physischen Rekonstruktion vorbehalten sein müssen, denn

- ein gleitendes System von Vorlesungen, Übungen und Prüfungen erzeugt ständigen Leistungsdruck;
 - ein „Studienleiter“ überwacht durchgängig die individuellen Leistungen;
 - die Zwischenprüfung klärt die „prinzipielle Eignung“ für das gewählte Fach;
 - das Examen muß nach 4 Studienjahren abgelegt werden.
- Die Konsequenzen aus diesem Gegenstück humboldtscher Bildungskonzeption:
- Massenabfertigung;
 - Produktion von Fachidioten, Halbgebildeten, die sich im Verwertungsprozeß einer kapitalistischen Gesellschaft problemlos einfügen sollen;
 - totale Verschulung und Vermögungslosigkeit eines wissenschaftlichen Studiums, das dann nur noch wenigen „Führungskräften“ möglich sein wird.

Kaum ein Teilnehmer des teach-in wiegte sich in der Illusion, dieses Gesetz durch Einflußnahme über Parlament und Parteien noch abwenden zu können. Als Folgerung ergab sich, selbsttätig Modelle kritischen emanzipativen Studiums zu entwickeln, das Gesetz aktiv zu unterlaufen. Das werden die bestehenden Basisgruppen, die in der Mehrzahl über den Status bedeutungsloser in-groups nicht hinausgekommen sind, kaum leisten können. Die Alternative: die Mehrzahl der Studenten zur aktiven Mitarbeit in Projektgruppen gewinnen.

Biedenkopf will Ja-Sager

Richtlinien des Kultusministeriums werden ignoriert

Am 12. 2. dieses Jahres wählte die Heimvollversammlung des Staatlichen Wohnheims I den Studenten der Wirtschaftswissenschaften Helmut Brill und den Jurastudenten Peter Bertram zu Kandidaten für die beiden Tutorenstellen. Rektor Biedenkopf bestellte Brill zum Tutor, Bertrams Antrag aber wurde abschlägig beschieden.

Begründet wurde es damit, daß Bertram zur Zeit der Antragstellung erst im vierten Semester war. Sein Mitkandidat Brill ist genau ein Semester weiter, das dürfte also nicht den Ausschlag gegeben haben.

Während Brill herkömmliches Tutorenprogramm bietet — Fotolabor, Rallye, Reiten, Freizeitklimbim mit Jet-Set-Appeal — gehen Bertrams Vorstellungen darüber hin-

aus. So will er die Tätigkeit der Tutoren stärker in die Basisarbeit der Fachschaften integrieren.

Außerdem meldete Bertram Kritik am jämmerlichen Zustand der meisten Gemeinschaftseinrichtungen im Wohnheim I an. Er erbot sich, einen Teil seiner Einkünfte für Verbesserungen in die Heimkasse fließen zu lassen.

Daß er allerdings das Lesezimmer, dessen karger Zeitungsbestand der hochtrabenden Bezeichnung „Politisches Forum“ Hohn spricht, als in „beklagenswertem Zustand“ bezeichnete, brachte ihm einen Rüttel ein. Sträter, der Chef des Akademischen Förderwerks, im abschlägigen Bescheid: „Ein als Ihr Nachfolger benannter Bewerber müßte mit seinen Formulierungen doch wohl zurückhaltender sein.“

Aufgabe der Tutoren soll laut kultusministeriellen Richtlinien sein, „die Heimbewohner zu verantwortungsbewußten, mitbürgerlichem Verhalten anzuregen“ usw. Der Fall Bertram aber zeigt exemplarisch, daß die den Tutoren zugedachte Funktion eine andere ist. Durch Organisation der Freizeit sollen sie ihren Kommilitonen die Frustrationen des Studienalltags vergessen machen und so die Widersprüche ihrer Situation an der Hochschule verschleiern. Weckt ein Kandidat den Verdacht, sich an dieser Bewußtseinsverkleisterung nicht beteiligen zu wollen, wird er eben aus fadenscheinigen Gründen und gegen den erklärten Willen der Heimversammlung als Tutor abgelehnt. Ein Protest des ASTA beim Rektor blieb bislang erfolglos.



Guido Boulboulé und Horst Peter Kasper erläutern das Hochschulgesetz.

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C.M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Stromziehen täte not Filmclub ist, weiß Gott, Instanzenweg leid

Unter wahrhaft skandalösen Schwierigkeiten mit der Technik in HNA 800 hat zur Zeit der „Studiendisk Film“ mit seinen Mitgliedern zu leiden...

Der Studienkreis Film fordert die Universität auf, aus ihrem Beschluß, eine anständige Filmprojektionsanlage anzuschaffen...

Das Fernseh-Wochenende „Soziale Dokumentation im Fernsehen“ am 16./17./18. Mai ist aufgrund der geschilderten Tatsachen in ernste technische Schwierigkeiten gekommen...

Für diese niederschmetternde Tatsache werden von der Uni-Beschaffungsstelle verschiedene Argumente vorgebracht...

Jetzt soll angeblich ein erweitertes Loch in die Projektionswand gebrochen werden, damit alle Geräte stationär eingebaut werden können...

Eine Besserung der Verhältnisse ist nicht in Sicht. Der Studienkreis Film sieht die Arbeit des Sommersemesters, vor allem die Wochenend-Seminare, in technischem Desaster untergehen.

Der Filmclub ist inzwischen auch den Instanzenweg leid, den er, Gott weiß es, oft genug gegangen ist, um dabei nicht einmal Versprechen zu erhalten...

Basisgruppe WiWi ersucht Abteilung um Arbeitsraum

Den ersten Erfolg konnte die Basisgruppe WiWi verbuchen: die als versteckter numerus clausus für die Zwischenprüfung vorgesehene Aufnahmeprüfung wurde zurückgenommen...

Herr Laßmann versucht nun, den Lehrablauf der Übung unmöglich zu machen: waren vorher zwei Parallelveranstaltungen für donnerstags und freitags vorgesehen, so hält er jetzt die Übung in einem restlos überfüllten Hörsaal und macht damit jede Übungsarbeit zu nichts...

Wi's Dienstag vor einer Woche zeigte deutlich, wie reaktionär die Abteilung VII ist. Aus der Reform-Universität wurde wieder eine Ordinarier-Universität!

Bei den Zwischenprüfungen fallen 40 - 45% durch. Von den 55 bis 60% der WiWi-Studenten, die ins Hauptstudium gelangen, fallen wiederum 35 - 40% bei der Diplomprüfung durch!

An der Arbeit der Basisgruppe WiWi, die sich jeden Mittwoch ab 18 Uhr in der Baracke 8/9 trifft, kann jeder WiWi-Student teilnehmen...

Journalismus als politische Potenz Die BSZ in eigener Sache

In teach-in Nr. 5, als Beilage zu letzter Nummer unserer Zeitung erschienen, schrieb Kommilitone Norbert Böhmer:

„Die Ausweitung der Basisgruppen hat gezeigt, daß der liberale Journalismus überwunden werden muß. Das hat konkrete Folgen für die BSZ, die glaubt, durch Veröffentlichung von Konflikten in den jeweiligen Teilbereichen von Universität und Gesellschaft zur Politisierung der Studenten beizutragen.“

Während bürgerlicher Journalismus scheinbar neutral (der Nazi-Kanzler ist tabu) ein bewußtseinsverkleinerndes Faktenpotpourri serviert, läßt engagierte Berichterstattung den politischen Rahmen erkennbar werden, der ein sinnvolles Verstehen des sonst isoliert Betrachteten ermöglicht.

Aus dem dialektischen Verhältnis der beiden Bereiche ist zu folgern, daß politische Berichterstattung mit dem individuellen Erfahrungsbereich vermittelbar sein muß, das Bewußtsein potentieller Leser reflektiert und respektiert wird.

Wir möchten nicht mit den Flugblatt-Revolutionären über politische Effizienz streiten. Wir gestehen die Unmöglichkeit ein, daß sich Geschriebenes unmittelbar in politische Aktion umsetzen kann.

tionsbereitschaft lediglich aktualisiert zu werden braucht.) Deshalb aber sind die Paczensky, Köhler und Häffner in unseren Augen keine liberalen Scheißer.“

Wir wissen, daß nicht nur die Leser einer Studentenzeitung zwischen der begründeten Überzeugung eines Redakteurs und der Wiedergabe revolutionärer Sozialismen zu unterscheiden vermögen. Wir sind mit unserer Zeitung nicht zufrieden, gleichwohl entziehen wir uns der Inquisition durch voluntaristische Revolutionspuristen.

Die Diskussion über eine Zeitung setzt die Reflexion der Rezeptionsmechanismen voraus. (Hier eine wissenschaftlich-empirische Untersuchung durchzuführen, wäre eine lohnende Aufgabe für eine Projektgruppe.) Wir bekennen freimütig, daß die BSZ eine Ware darstellt, so wahr wir das Blatt absetzen müssen und alle „Linken“ Pardon lesen.

Hier hegt Norbert Böhmer die berechnete Befürchtung, daß „der irrsinnig hohe Output von kritischer Literatur... durch das Konsumverhalten der Leser permanent neutralisiert“ wird. Das stimmt, zu 80%, aber eben nicht mehr. Die Reaktion weiß sehr genau, warum sie kritische Publizistik verflucht.

bar zu enttrinnen droht, noch den Humanismus, auch unsere konservativen oder „unpolitischen“ Leser zu respektieren; vielleicht eine bessere Agitation als verbalradikales Schattenboxen (wir finden es ermutigend, daß der SDS inzwischen mehrheitlich erkannt hat, was von seinem „Aktionsrat“ politisch zu halten war).

Kommilitone Böhmer fordert, „daß eine Zeitung in erster Linie von den aktiven Basisgruppen für die arbeitenden Genossen gemacht werden muß, um die Koordinierung und Intensivierung der Arbeit zu gewährleisten.“

Vielleicht können fünfzig Studenten noch mündlich Kommunikation betreiben, jedenfalls werden die arbeitenden Genossen von niemandem daran gehindert, diese Zeitung zu machen. Daß dazu eine progressive Studentenzeitung mit einer Auflage von 8000 Exemplaren umfunktioniert werden muß, verrät ein beängstigend elitäres Bewußtsein.

Ist es den Genossen bisher noch nicht aufgefallen, daß die „Basisgruppen“ bislang praktisch kaum mehr als die verbale Verschleierung einer nicht vorhandenen Basis darstellen? Das häufige Rezipieren angelernter Begriffe muß wahrlich den Geist abtumpfen: Ohne diese alte jesuitische Erfahrung ist die Praxisferne einiger Leute, die sich zur Avant-Garde zählen, wohl kaum zu begreifen.

Schizophrenie, wenn vorgebliche Marxistinnen den Rest der Bevölkerung „abgeschrieben“ haben!

Die politische Verantwortung eines Professors Der Fall Papalekas

I. Ende vergangenen Jahres erreichte den Verband Griechischer Studenten in der Bundesrepublik der Brief einer griechischen Studentin, die von der Geheimpolizei verhaftet und gefoltert wurde...

„Mir kommt es vor, als hätte ich mein ganzes Leben in der Asfalia (Sitz der zentralen Sicherheitspolizei - das Pendant zur Gestapo - in Griechenland) verlebt. Ich habe alles gehört, gesehen... Die Phantasie reicht nicht aus, diese Wirklichkeit auch nur sich vorzustellen, die wir erleben... Ich schreibe euch alles für die, die in weichen Betten schlafen. Man sagt mir, daß sich alles normalisiert hat draußen. Die Fremden gehen schon wieder unter unserer Sonne, auf die Akropolis, und sie schauen nur auf die Denkmäler der alten Griechen...“

„Mir kommt es vor, als hätte ich mein ganzes Leben in der Asfalia (Sitz der zentralen Sicherheitspolizei - das Pendant zur Gestapo - in Griechenland) verlebt. Ich habe alles gehört, gesehen... Die Phantasie reicht nicht aus, diese Wirklichkeit auch nur sich vorzustellen, die wir erleben...“

Im Frühjahr dieses Jahres wurde bekannt, daß Herr Papalekas, Ordinarius für Soziologie und Dekan der Abteilung VIII, für den Soziologielehrstuhl der Rechtswissenschaftlichen Fakultät in Athen nominiert wurde. Daraufhin bat der Freidemokratische Hochschulverband in einem Brief vom 27. 3. 69 Herrn Papalekas sechs Fragen zu beantworten:

1. Haben Sie selbst sich für den genannten Lehrstuhl beworben? 2. Würde Ihnen die Berufung (es handelt sich nur um eine Nominierung d. Verf.) ohne ihr Zutun ausgesprochen? 3. Handelt es sich um eine endgültige Berufung oder sind dazu noch andere Instanzen zu hören und entscheidungsbefugt?...

Athen nominiert wurde. Daraufhin bat der Freidemokratische Hochschulverband in einem Brief vom 27. 3. 69 Herrn Papalekas sechs Fragen zu beantworten:

1. Haben Sie selbst sich für den genannten Lehrstuhl beworben? 2. Würde Ihnen die Berufung (es handelt sich nur um eine Nominierung d. Verf.) ohne ihr Zutun ausgesprochen? 3. Handelt es sich um eine endgültige Berufung oder sind dazu noch andere Instanzen zu hören und entscheidungsbefugt?...

Darüber hinaus forderte die FHV den Rücktritt von Herrn Papalekas als Dekan sowie die Aufgabe seines Lehramtes. Herr Papalekas sprach daraufhin in einem Interview mit der „WAZ“ vom 5. 4. 69 von „Nötigung und Erpressung“ und behauptete, die Universität in Griechenland stehe außerhalb des politischen Raumes.

Am 22. 4. 69 forderten Studenten von Herrn Papalekas in seiner Verlesung die Beantwortung der Fragen. Herr Papalekas weigerte sich, verließ den Raum und benachrichtigte sofort den Rektor.

In seinem Schreiben an den Rektor vom 22. 4. heißt es: „Bereits beim Betreten des Hörsaales 02/300 wurde ich aufgefordert, eine politische Erklärung zu der Situation in Griechenland abzugeben. Ich erklärte, daß ich nicht dazu da sei, um politische Erklärungen abzugeben, sondern es als meine Pflicht ansehe, den mir übertragenen wissenschaftlichen Auftrag zu erfüllen.“

Er nannte die Namen einiger Studenten und wies im besten Denunziantenstil darauf hin, daß die meisten dieser Herren Mitglieder der Arbeitsgruppen sind, die von der Universität zur Verfügung gestellten Räume in der Abteilung der Sozialwissenschaften beanspruchen.“

Damit versuchte er, dem Rektor zu suggerieren, daß es eben nicht um eine Aufklärung über seine Haltung zu Griechenland gehe, sondern um eine Aktion altbekannter Störenfriede. Er dokumentierte zugleich in aller Deutlichkeit seine Einschätzung der Studenten, die autonom Fragen und Probleme bearbeiten, die und andere Mitglieder der Fakultät aus der Lehre ausklammern.

Der Rektor übergab die Angelegenheit ohne eigene Stellungnahme an den Ordnungsausschuß (z. Z. d. Senatkom. f. Studentenschaftsfragen), der die von Herrn Papalekas genannten Studenten inzwischen verlor.

Am 24. 4. 69 verschickten die Senatsvertreter der Studentenschaft einen Antrag für die a. o. Senatssitzung am 28. 4. an alle Senatoren und den Rektor. Sie forderten:

● daß der Senat entsprechend der Studenten bejahe, ● daß der Senat sich mit den Griechen solidarisiere, die für Freiheit und gegen Diktatur sind.

● daß der Senat entsprechend der Studenten bejahe, ● daß der Senat sich mit den Griechen solidarisiere, die für Freiheit und gegen Diktatur sind.

In der Senatssitzung kam es zu einer heftigen Kontroverse zwischen den Vertretern der Studentenschaft und dem Rektor. Während dieser den Antrag ohne Aussprache an die Senatskommission für Studentenschaftsfragen überweisen wollte, erklärten die Studenten, daß es hier um die prinzipielle politische Verantwortung des Wissenschaftlers gehe.

Wenn es auch richtig ist, Herrn Papalekas erst zu hören, steht auf der anderen Seite fest, daß er inzwischen Zeit genug hatte, eine Erklärung abzugeben. Aber der Senat wollte sich um eine erste Stellungnahme drücken. Zahlreiche Professoren wollten den Antrag nicht einmal an die Kommission weiterleiten, sondern einfach vom Tisch wischen. Senator Schümann (Mediziner) formulierte: „Wenn sich Papalekas für uns entscheidet, d. h. hierbleibt, ist das nicht genug?“

V. Um was geht es? Es geht nicht um eine Intrige gegen Herrn Papalekas. Es geht nicht um die Schaffung eines künstlichen Konflikts. Es geht nicht um eine private Auseinandersetzung in der Abteilung VIII.

Es geht vielmehr um die grundsätzliche Frage der politischen Verantwortung des Wissenschaftlers, d. h. um sein Eintreten für die Freiheit der Wissenschaft und einer Gesellschaftsordnung, die diese ermöglicht.

● daß der Senat entsprechend einer Weigerung oder unbefriedigenden Antwort alle ihm möglichen Konsequenzen ziehe,

BSZ sucht Redakteure. Wo Sie uns erreichen können, erfahren Sie im AstA-Sekretariat.

Herr Papalekas weigert sich, wie er sagt, „politische Erklärungen abzugeben.“ Herr Papalekas behauptet wider besseres Wissen, daß die griechische Universität nicht gleichgeschaltet sei.

Herr Papalekas lehnt es ab, zu der Nominierung durch eine gleichgeschaltete Universität Stellung zu beziehen.

Damit lehnt Herr Papalekas aber auch die politische Verantwortung des Wissenschaftlers ab. Er, der in gut faschistischem Stil 1964 in der Zeitschrift Hellenika (III, S. 45) schrieb, der Grieche sei „aus traditionellen und völkischen Gründen meist kein Kommunist“, übt Wissenschaftsverrat. Er trägt damit alle Züge eines Kollaborateurs mit jenen Ideologen, die von der Wissenschaft die Unterordnung unter die politischen Ziele von Diktatoren verlangen.

Aber eine Universität, die die Freiheit der Wissenschaft ernst nimmt, muß sich deutlich gegen diese Haltung eines ihrer professoralen Mitglieder aussprechen, will sie nicht wieder in jene Fehler verfallen, die sie im Dritten Reich begangen hat.

Die politische Verantwortung der Universität darf nicht leere Floskel für Verfassungstexte sein. Guido Boulboullé



Giorgos Nilo, Griechische Zukunft.

Richter kritisiert „Landfriedensbruch“

Kritik an den Reformvorschlägen des Strafrechtsausschusses für die Straftaten gegen den Gemeinschaftsfrieden meldete der Frankfurter Landgerichtspräsident Wassermann an. Vor allem die Existenzberechtigung des Landfriedensbruchtatbestands zweifelte er an.

In der jetzigen Situation sei allerdings die Streichung der Vorschrift „dem Gesetzgeber nicht zuzumuten“. Wassermann, als Sprecher des „Aktionskomitees Justiz“, schlägt einen entschärften Landfriedensbruchparagrafen vor, der Anwendung nur auf solche Demonstrationen findet, die selbst Gewalttätigkeiten begehen.

Nach dem Vorschlag des Ausschusses können Teilnehmer an Demonstrationen auch dann bestraft werden, wenn sie keine Gewalt anwenden. Allerdings könnten die Gerichte in solchen Fällen, insofern eine Verbesserung des geltenden Rechts, von Bestrafung abgehen.

Der in der letzten BSZ angekündigte Artikel „Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung“ wird erst in der nächsten Ausgabe erscheinen.

Die echte GAULOISES CAPORAL 20 CIGARETTES. aus Frankreich 20 Stück DM 1,80 (auch mit Filter DM 1,85)

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an: **EXCLUSIV-TOBACCO** 83 Landshut, Postfach 568 a



Geschafft!

Das Studium liegt hinter ihm.

Morgen holt er die Exmatrikel. Dann beginnt der Existenzkampf. Einen zuverlässigen Partner hat er schon: die DKV.

Ja, Europas größte Privat-Krankenversicherung steht dem jungen Akademiker zur Seite. Im nahtlosen Anschluß an die Studentische Krankenversicherung. Ohne Wartezeiten. Dazu Privatpatient mit allen Annehmlichkeiten.

Conditio sine qua non: der nahtlose Anschluß ist termingebunden. Zwei Monate nach der Exmatrikulation muß er über die Bühne sein!

Wenn Sie schon während des Studiums besondere Krankenversicherungs-Wünsche haben - z.B. eine Krankenhaustagegeld-Versicherung - zitiieren Sie bitte den DKV-Studentenberater. Bei der nächsten DKV-Filiale. (Im Telefonbuch leicht zu finden.)



DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-G. Filialdirektion Bochum · Kortumstr. 66 Tel. 60546-48

Staatliche Kontrollen

Das baden-württembergische Kultusministerium will nach einer Mitteilung von KuMi Hahn im Landtag darauf bestehen, daß die Verwendung der Beiträge der Studenten für die Allgemeinen Studentenausschüsse überprüft wird. Nach seiner Auffassung haben die Organe der Studentenschaften nach dem Hochschulgesetz das Recht, zur Erfüllung ihrer Aufgaben von ihren Mitgliedern Beiträge zu erheben. Das Politische Mandat gehöre jedoch nicht zu diesen Aufgaben. Falls ein AstA dagegen verstoße, habe der Rektor einzuschreiten.

Auflösung des Konstanzer SP

Das Studentenparlament der Universität Konstanz hat sich aufgelöst. Zwei Mitglieder des AstA teilten mit, das Desinteresse der Konstanzer Studenten an einer wirksamen Interessenvertretung zeige sich allein darin, daß der Großteil der Studenten die Auflösung erst nach drei Wochen zur Kenntnis genommen habe. Das Parlament habe sich aufgelöst, weil für die Studenten die Aufgaben studentischer Selbstverwaltung offenbar in der Vermittlung verbilligter Eintrittskarten oder Ferienreisen erschöpft seien.

Darüber lacht die Reaktion...



"Der liberale Journalismus in der BSZ muß endlich überwunden werden!"

"Eine auf dialektische Weise funktionalisierte zentralistisch-dezentralisierte Organisation, die an der Basis situativ dezentralisiert arbeitet, für die Perspektiven der verschiedenen strukturierten Basisbereiche zentralisierte Kommunikations- und Korrektivorgane entwickelt..."

Reißt einen ganz schön mit!



BSZ-Leser antworten

Betr.: Oster-Protest zum Mitsingen, BSZ Nr. 41

Mit der Bildunterschrift zu meinem Foto vom Essener Ostermarsch bin ich nicht einverstanden.

Sie erweisen der ohnehin zerspaltenen „Linken“ einen Bärendienst, wenn Sie die schwachsinnigen und großkotzigen Parolen der Maoisten derart wohlwollend würdigen. Überdies scheint Ihnen entgegen zu sein, daß während der Großveranstaltung sich im „Mao-Block“ zwei braune Marschierer der NPD aus Bonn breitgemacht haben. Überflüssig zu erwähnen, daß diese Leute als lautstarke Schrittmacher bei den Störaktionen auftraten.

Die Reaktion reißt sich die Pfoten. Hans Czinzoll

Betr.: BSZ Nr. 41 „Wir reichen allen die Hand“

Das Echo auf den DKP-Parteitag in der bürgerlichen Presse war voraussehbar: die Skala der Berichte reichte von einem versuchten Nachweis der Identität von DKP und KPD (um die Bundesregierung

zwischen den Zeilen zu einem Verbotsantrag zu veranlassen) bis zu einer „Verharmlosung“ der DKP.

Die Reaktion verschiedener linker Gruppierungen, wie z. B. der KPD-„ML“ und der Trotzlisten (von Leuten also, die sich für Sozialisten halten), ist nicht geeignet, das zu erreichen, was eine weitere Faschisierung der Bundesrepublik verhindern kann: eine Einheitsfront aller demokratischen Kräfte.

So entstand nach dem Parteitag eine wunderbare Einheitsfront: zwar nicht zwischen linken Gruppierungen, progressiven Gewerkschaftlern und jenen Sozialdemokraten, die den Kurs ihrer reaktionären Führung nicht mehr mitmachen wollen, wohl aber zwischen den (wie schon Lenin sie nannte) linken Radikalen und jenen, die sie angeblich bekämpfen: den Herrschenden in Staat und Gesellschaft.

Den Vorwurf des „Revisionismus“ geben wir hiermit an die „Genossen“ Sektierer zurück. Wer nicht in der Lage ist, eine Politik zu betreiben, die den historischen Bedin-

gungen entspricht, unter denen wir leben, wird eines Tages genauso auf dem Misthaufen der Weltgeschichte landen wie diejenigen, die die Produktionsmittel und die Macht in diesem Staat besitzen.

Wer uns „Revisionismus“ vorwirft, hat die Dialektik zwischen Reform und Revolution nicht begriffen, hat nicht begriffen, daß Sozialismus nicht die Losung ist, mit der wir die arbeitende Bevölkerung unter den gegenwärtigen Bedingungen begeistern können. Wofür wir allerdings sind — und das halten wir für vermittelbar —, das ist eine Mitbestimmung, die über das hinausgeht, was die Herrschenden sich leisten können: eine Mitbestimmung, die die Macht der Monopole einschränkt und der Arbeiterklasse bessere Ausgangspositionen für den weiteren Kampf bieten wird.

Dabei gibt es für uns nur eine Perspektive: Bedingungen zu schaffen, unter denen der Sozialismus die Tagesaufgabe ist.

Deutsche Kommunistische Partei, Betriebsgruppe Ruhr-Universität.

termine

der Basisgruppen

Rechtswissenschaften

Jeden Mittwoch 15 Uhr ct Vollversammlung aller Basisgruppen

Dienstag 10 bis 11 Uhr Basisgruppe Staatsrecht

Dienstag 19 Uhr Basisgruppe Justizausbildung

Dienstag 14 Uhr Arbeitskreis Politische Ökonomie

Donnerstag 14 Uhr Basisgruppe Strafrecht Alle Sitzungen in IB 4/83b

Wirtschaftswissenschaften

Basisgruppe WiWi jeden Mittwoch ab 18 Uhr Baracke 8/9

Basisgruppe Betriebe II (Nachhilfe für Arbeiterkinder)

Dienstag 10 Uhr Donnerstag 14 Uhr IB 6/53 Tel. 29 63

Rektoren regen Klausurtagung an

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz regte auf ihrer 72. Plenarversammlung in Bad Godesberg an, Professoren, Assistenten und Studenten sollten sich vor einer Bundeshochschulkonferenz zu einer Klausurtagung über Hochschulreform zusammenschließen. Es sollen die Punkte erarbeitet werden, in denen unter den drei Gruppen Übereinstimmung gegenüber dem Staat besteht.

Außerdem befürworteten die Rektoren Einführung eines Studienjahres, von dem sie eine rationalere Gestaltung der Studiengänge versprechen. Es sei nicht zu erwarten, daß dies längere Studienzeiten mit sich bringen werde.



Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Redaktion: Alois Kircher, Gerhard Huck, Bernd Westermann.

Anzeigenleitung: Christine Schlipplack

Anschriß: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG. Bochum, Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

LOEWE

ADOLF LOEWE

Büromaschinen · Möbel · Organisation Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper

Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN Hagemann

SÜDRING 20

| SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalla | | Spielplan für die Zeit vom 30. April bis 18. Mai 1969 ANDERUNGEN VORBEHALTEN | |
|---|---------------------|--|--|
| 20.00 SCHAUSPIELHAUS BOULEVARD SOLITUDE (G) von H. W. Henze; Premiere | Mi. 30. 4. | 20.00 KAMMERSPIELE DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 Keine Vorstellung GIANNI SCHICCHI (G) von Puccini | Do. 1. 5. Fr. 2. 5. | Keine Vorstellung Keine Vorstellung | |
| 20.00 DIE SPANISCHE STUNDE (G) von M. Ravel | | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 ROMEO UND JULIA von Shakespeare | Sa. 3. 5. | Keine Vorstellung | |
| 20.00 DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux | So. 4. 5. | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 GASPARONE (G) von Millöcker | Mo. 5. 5. | Keine Vorstellung | |
| 20.00 GASPARONE (G) von Millöcker | Di. 6. 5. | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 ROMEO UND JULIA von Shakespeare | Mi. 7. 5. | Keine Vorstellung | |
| 20.00 DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux | Do. 8. 5. | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 ROMEO UND JULIA von Shakespeare | Fr. 9. 5. | 20.00 VERBRECHEN AUS LEIDENSCHAFT von Joe Orton | |
| 20.00 ROMEO UND JULIA von Shakespeare | Sa. 10. 5. | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 GIANNI SCHICCHI (G) von Puccini | So. 11. 5. | | |
| 20.00 DIE SPANISCHE STUNDE (G) von M. Ravel | | 20.00 TABULA RASA von Sternheim | |
| 20.00 DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux | Mo. 12. 5. | 20.00 TABULA RASA von Sternheim | |
| 20.00 DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux | Di. 13. 5. | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 GIANNI SCHICCHI (G) von Puccini | Mi. 14. 5. | | |
| 20.00 DIE SPANISCHE STUNDE (G) von M. Ravel | | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 GIANNI SCHICCHI (G) von Puccini | Do. 15. 5. | | |
| 20.00 DIE SPANISCHE STUNDE (G) von M. Ravel | | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 ROMEO UND JULIA von Shakespeare | Fr. 16. 5. | 20.00 TABULA RASA von Sternheim | |
| 20.00 DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux | Sa. 17. 5. | 20.00 DER ARME BITOS von Anouilh | |
| 20.00 ROMEO UND JULIA von Shakespeare | So. 18. 5. | | |

g. V. = geschlossene Vorstellung (G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtsscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Marat und sein Bochumer Publikum

Neuenfels wollte theatralischer Unverbindlichkeit entgehen

Das Stück habe lediglich politische Ersatzfunktion, lautete durchgängig die Kritik der Engagierten nach Swinarskis Berliner Uraufführung des „Marat“ von Peter Weiss.

Auch der Heidelberger Regisseur Hans Neuenfels fand, der bisherige Erfolg des Stückes liege in der Möglichkeit des Publikums „sich auf die unterhaltendste Art und Weise von einem provokativen Text zu distanzieren“. Um der mangelnden Verbindlichkeit herkömmlicher Theaterdarbietung zu entgehen, sollen die Irren von Charenton als Spiegelung des Publikums erscheinen, Reaktionen dargestellt werden, „die in ihrer Widersprüchlichkeit Kritik und damit Analyse hervorgerufen sollen“. Der Bühnenhintergrund mit dem Zitat Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ist dabei die festgesetzte Prämisse, vor der sich Verhaltensweisen spiegeln und der Text reflektiert werden sollen.

Neuenfels führt im Gegensatz zur Berliner Aufführung kein Irrenhaus vor, er zeichnet die Schauspieler aber auch nicht als gesellschaftliche Opfer, wie es Perens in der Rostocker Inszenierung tat: er bietet einen Pluralismus demonstrierter Reaktionen an. Einzig der witzig-überlegene Ausrufer und sein Gegenspieler, der bourgeoise Anstaltsdirektor, machen Aktualität deutlich.

De Sade als Mephisto Marats und kaum politischer, Marat mit Jesustouch und genauso zweifelhaft. Während in der nach Weiss „authentischen“ Rostocker Aufführung der Revolutionär Souveränität der Überzeugung darstellt, seinen Text überprüfbar spricht und seine Reaktionen als folgerichtig erkennen



Die Show stahl sich die Show: Neuenfels' Marat in Bochum.

läßt, als ein an den historischen Gegebenheiten nicht an seinen Idealen Scheiternder erkennbar wird, de Sade als Gegenspieler einen volksfeindlichen Ästhetizismus praktiziert („...mein Leben ist die Imagination / Die Revolution interessiert mich nicht mehr... / Ich pfeife auf alle Opfer / die für irgendeine Sache gebracht werden / Ich glaube nur an mich selbst.“), historisch und politisch unterlegen ist, zeichnet Neuenfels den Konflikt zu sehr als intellektuelles Problem.

Dramatische, epische, groteske Mittel, Mittel der Operette, des Balletts, des Happening, des Living Theatre, Pantomime, Gesang, Ar-

tistik sollten, so die Konzeption Neuenfels', „das Publikum zu einem wirklichen Spielpartner mit eigenen Reaktionen machen“. Hoffnungsvolles Heidelberg, in dem ein Theaterregisseur solches erwarten kann. In Bochum trafen dort, wo Gags sich verselbständigten, eher gegenteilige Effekte hervor.

Es nützt nichts, anspruchsvolle Rezeptionsformen vorzusetzen, auch das Theater muß, erhebt es politischen Anspruch, ihren banalen Mechanismen Rechnung tragen. So wie es z. B. Wallraff tut, dessen „Nachspiele“ ebenfalls im Rahmen der „Bochumer Festwochen“ am vergangenen Montag aufgeführt wurden.

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden

Druckhaus Schürmann & Klagges

Bochum Hans-Böckler-Straße 12-16 Ruf 16081-83

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK-WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT DURCH ZOLLERSPANNIS NUR 2.50 DM

RUM and MAPLE

Gratispröbchen-PLANTA-Berlin 61

Studenten kaufen

Tabak · Zeitungen Spirituosen und Lebensmittel

in ihrer

Trinkhalle Kothhoff

(an der Mensa)

Von 7.30 bis 20.00 Uhr geöffnet.